

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 023 | 16.12.2022

Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen

Liebe Leserin, lieber Leser,

ausgelöst durch den Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa „Jina“ Amini im Polizeigewahrsam finden seit dem 16. September großflächige Proteste im Iran statt. Die Proteste stellen das politische System der „Islamischen Republik“ und deren Führer Ayatollah Ali Chamenei in Frage.

Berichte von Menschenrechtsgruppen sprechen von über 400 Toten und mehreren tausend Verletzten seit Beginn der Proteste, darunter auch viele Frauen und Kinder. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor.

Inzwischen kam es bereits zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen Protestierende. **Die mutigen Demonstranten im Iran verdienen unsere Unterstützung und unseren Respekt!**

In unserer Fraktionssitzung am 13. Dezember waren wir im Austausch mit der Iran-Expertin und ehemaligen ARD-Korrespondentin in Teheran, Natalie Amiri.

Darüber hinaus haben wir unseren Antrag [„Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“](#)

erneut aufgesetzt und unterstrichen so unsere Forderungen an die Bundesregierung: Deutschland muss die Protestbewegung entschlossen unterstützen.

Ampel: Antrag abgelehnt!



Die Bundesregierung muss in dieser historischen Chance mehr tun, um die mutigen Menschen im Iran zu unterstützen. Die Situation der unterdrückten Frauen im Iran ist der Lackmustest für die Bundesaußenministerin.

Strom- und Gaspreisbremse kommen

In abschließender zweiter und dritter Lesung haben wir die – endlich – von der Koalition vorgelegten Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung beraten: Das Gesetz zur Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften sowie das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse.

Wir erleben spätestens seit dem Frühjahr eine Explosion der Energiepreise. Die am Donnerstag beschlossenen Bremsen bei Strom- und Gaspreisen kommen zu spät – auch, weil die Bundesregierung im Sommer zu viel Zeit verstreichen ließ. Als Olaf Scholz im Sommer „You’ll never walk alone“ ausrief, sind die Koalitionäre erst einmal in die falsche Richtung losmarschiert und wollten mit der Gasumlage zunächst die Preise erhöhen. Viel zu spät ist dann im September die Gaspreiskommission eingesetzt worden, sodass deren wichtige Ergebnisse zur Preisbremsung erst nach dem Winter umgesetzt werden können. Die Ampel-Regierung hat sich hier selbst unter Zeitdruck gesetzt, der sich im parlamentarischen Verfahren fortsetzte: Erst um 0.25 Uhr wurden dem zuständigen Ausschuss für Klimaschutz und Energie am Mittwoch fast 400 Seiten mit Änderungsanträgen übermittelt, die noch am gleichen Vormittag beraten werden sollten. Eine seriöse Behandlung des Gesetzespaketes war so nicht gegeben!

Wir unterstützen die Umsetzung der Ergebnisse der Gaspreiskommission. An entscheidenden Stellen weicht die Bundesregierung jedoch von den Empfehlungen ab: Es zeichnet sich ab, dass weite Teile der Industrie die Preisbremsen überhaupt nicht in Anspruch nehmen können.

Auch für Mittelstand und Handwerk gibt es Lücken im Programm: Es gibt beispielsweise keinerlei Antwort für eine Bäckerei, die auf Pellets umgestellt hat und jetzt unter den Preissteigerungen leidet.

Auch die erneuerbaren Energien drohen durch die Abschöpfung der Verkaufserlöse ausgebremst zu werden. Dort werden fiktive Erträge statt tatsächlicher Gewinne abgeschöpft. Gleichzeitig werden Mittel, die wiederum in den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien investiert werden, nicht angerechnet. Das alles setzt Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Klimaschutz in Deutschland in dieser Krise aufs Spiel!

Mein Kollege Jens Spahn sagte dazu in der Debatte: *„Der BDI-Präsident Russwurm, der Mitglied der Gaskommission war, sagte gestern, er sei tief enttäuscht, die Politik lege mit ihrer Ignoranz gegenüber den betrieblichen Realitäten die Axt an die Grundpfeiler des Standortes Deutschland. Verbraucherschützer sind enttäuscht, die Gewerkschaften alarmiert. Eine konstruktive Opposition kann solchen Befunden nicht zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.“*

Dem schließe ich mich an.

Unsere Anträge:

Bundespolizei weiter stärken

Die Bundespolizei ist eine zentrale Säule der inneren Sicherheit in Deutschland. Nach einer beispiellosen Erfolgsgeschichte der personellen Stärkung unter Bundesinnenministern von CDU und CSU setzen sich heute rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten Tag für Tag für unsere Sicherheit und unser Leben in Freiheit ein.



Sie schützen 3.831 Kilometer Land- und 888 Kilometer Seegrenze, sichern 33.399 Kilometer Bahngleise und etwa 5.700 Bahnhöfe und sorgen an 13 großen deutschen Flughäfen für die Sicherheit des Luftverkehrs. Sie bewachen Verfassungsorgane und Bundesministerien, unterstützen die Länderpolicen bei Großeinsätzen und leisten Hilfe in internationalen Missionen.

Sie verfolgen und bekämpfen Schleusungskriminalität, banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte sowie sonstige Straftaten in ihrem Aufgabenbereich.

Zur Erfüllung ihres wichtigen Auftrags benötigt die Bundespolizei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird, eine moderne Ausstattung und zeitgemäße Handlungsbefugnisse.

Mit unserem Antrag, den wir an diesem Freitag in erster Lesung beraten, fordern wir deshalb: [Die Bundespolizei weiter stärken](#). Die Bundespolizei benötigt jetzt eine noch bessere Ausstattung. Dafür müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Verzichten sollte die Bundesregierung dagegen auf ideologisch motivierte Maßnahmen, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind: Für eine Kennzeichnungspflicht, z. B. durch die Nummerierung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz, und für die Schaffung des neuen Postens eines „Polizeibeauftragten“ besteht keine Notwendigkeit.

Planungssicherheit für E-Autos

Die Bundesregierung hat die Förderung von Elektrofahrzeugen (sog. Umweltbonus) in diesem Jahr neu ausgerichtet. Ab 2023 werden die Förderbedingungen geändert. Künftig fallen Plug-In-Hybride komplett aus der Förderung und Elektroautos werden je nach Kaufpreis lediglich noch mit 3.000 bzw. 4.500 Euro gefördert.



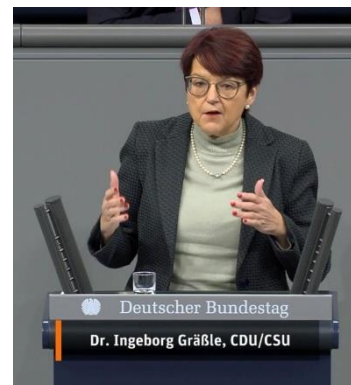
Für die Förderung kommt es auf den Zeitpunkt der Zulassung des Fahrzeugs und die Antragstellung, aber nicht auf die Bestellung an. Diese Entwicklung war aber für viele Käufer beim Zeitpunkt ihrer Bestellung nicht absehbar – zumal aufgrund der weltweiten Lieferkettenprobleme sich die Lieferzeiten teilweise auf über ein Jahr verlängert haben.

Nun werden viele Autohändler samt Kunden zum Jahresende von der Bundesregierung im Regen stehen gelassen.

Mit unserem [Antrag](#) haben wir deshalb gefordert: **Planungssicherheit und Vertrauen beim Umweltbonus herstellen**. Für die betroffenen E-Fahrzeug-Käufer muss eine Vertrauensschutzregelung getroffen werden.

Video der Woche

Auch in der letzten Sitzungswoche 2022 habe ich für die CDU/CSU-Fraktion das Wort ergriffen.



Thema war die Unterstützung von Ukraine-Flüchtlingen in den Bereichen Bildung und Forschung

Video: [KLICK](#)

Foto der Woche



Aktenstudium im Büro – bei rund 15°C

Neue Debattenkultur

Wir setzen uns für eine Reform der Geschäftsordnung des Bundestages ein und fordern in unserem Antrag: [Die Demokratie stärken – Klare Reformen für ein modernes und bürgernahes Parlament](#). Wir wollen die Regierungsbefragung dynamischer machen und dazu eine Kanzlerbefragung pro Quartal einrichten, die zukünftig 120 Minuten dauern soll.

Technische Fachvorlagen sollen zukünftig in den Ausschüssen abschließend beraten werden können – dann bleibt im Plenum mehr Zeit für das Wesentliche. Die Fragestunde soll zudem zukünftig auch in den Ausschüssen stattfinden. Darüber hinaus fordern wir mehr Digitalisierung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Mandat – etwa, indem Abstimmungen gebündelt und elektronisch durchgeführt werden können.

Bedauerlicherweise konnten sich die Regierungsfractionen nicht zu einer echten Reform, sondern nur zu einem Reförmchen durchringen. Besonders misslich ist, dass die Koalition bei der Regierungsbefragung jetzt sogar einen Schritt zurückgeht. Denn anders als bisher soll künftig allein die Bundesregierung bestimmen dürfen, welche Minister an der Regierungsbefragung teilnehmen. Das ist eine echte Schwächung des Parlaments im Verhältnis zur Bundesregierung.

Zum Foto links passend die

Zitate der Woche

Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU):

«Herr Präsident, ich hoffe, ich bringe die Rede ohne Zähneklappern zu Ende. Es ist wirklich frisch hier im Saal.»

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Da hat sie recht!).

Nach der Rede:

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

«Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Gräßle. – Seien Sie versichert: Dass Sie frieren, ist keine Benachteiligung der CDU/CSU-Fraktion. Wir frieren hier alle solidarisch gemeinsam,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nee, ich friere nicht!)

ich jedenfalls auch. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

(Peter Heidt [FDP]: Ich friere auch nicht!)

Ich war früher mal ein heißer Typ; jetzt friere ich eben.»

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der DIE GRÜNEN und der FDP)

Auszug aus dem Plenarprotokoll vom 14.12.2022 zu den arktischen Temperaturen im Plenarsaal



Ihnen und Ihren Lieben wünsche ich von Herzen noch einen gesegneten Advent, ein fröhliches Weihnachtsfest und einen unfallfreien Rutsch in ein gutes Neues Jahr 2023!